



## Motionenberichtl

**Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate****a) Motionen****1 Neuer Teilplan Verkehr**

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

*Ein gesonderter „Teilplan Verkehr“ wird nicht mehr erstellt. Vielmehr wird die Verkehrsproblematik zum neuen Richtplan gehören, der gemeinsam für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft ausgearbeitet wird. Das Stadtparlament hat am 21. November 2006 von der Situationsanalyse zu den drei Bereichen sowie von den Grundzügen zur räumlichen Entwicklung Kenntnis genommen und den Planungskredit für die Ausarbeitung des Richtplanes gesprochen. Damit konnte Ende letzten Jahres die eigentliche Richtplanarbeit begonnen werden, die voraussichtlich das laufende und einen Teil des kommenden Jahres beanspruchen wird.*

*Zur gleichen Thematik gehören die Motionen „Erschliessung der Bauzonen“ (Nr. 2) und „LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen“ (Nr. 3) sowie die Postulate „Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn“ (Nr. 11), „Zukunft dank Tram“ (Nr. 14) und „Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen“ (Nr. 19). Diese Parlamentsaufträge werden in die Richtplanarbeit integriert.*

Die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.



## **2 Erschliessung der Bauzonen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

*Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.*

Die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.

## **3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen**

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

*Es wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1 verwiesen.*

Die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.

## **4 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren**

erheblich erklärt am 19. März 2002; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920-1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

*Der Stadtrat erstattet dem Stadtparlament noch im Sommer 2007 Bericht zum weiteren Vorgehen.*

## **5 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte**

erheblich erklärt am 24. Juni 2003; Fälligkeit 4. Januar 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie er die Parkplatzbewirtschaftung für das Personal der städtischen Verwaltung und der Lehrkräfte durchführen möchte.



*Die Beratung des Motionenberichts wurde durch die Geschäftsprüfungskommission ausgesetzt bis zum Vorliegen eines entsprechenden Stadtratsreglements zur Parkplatzbewirtschaftung. Der Erlass des Reglements ist in der ersten Jahreshälfte 2007 vorgesehen.*

## **6 Erstinformationsrecht des Stadtparlaments**

erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 27. Juni 2008

Das Präsidium wird beauftragt, einen Nachtrag zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments auszuarbeiten. Dieser soll festlegen, dass die Vorlagen des Stadtrats den Medien und der Öffentlichkeit frühestens einen Tag, nachdem sie den Mitgliedern des Rates zugegangen sind, bekannt gegeben werden.

*Der Motionsbericht liegt vor und ist für die Stadtparlamentssitzung vom 2. Mai 2007 traktandiert.*

## **7 Sitzungsgelder der Stadtparlamentarierinnen und -parlamentarier**

erheblich erklärt am 31. Oktober 2006; Fälligkeit 31. Oktober 2008

Das Präsidium des städtischen Parlaments wird beauftragt, die Höhe von Sitzungsgeldern und die Entschädigung der Präsidenten zu überarbeiten und eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Bei dieser Gelegenheit ist zudem zu prüfen, ob für Kommissionssitzungen ein festes Sitzungsgeld durch einen Stundensatz zu ersetzen sei.

*Der Motionsbericht liegt vor und ist für die Stadtparlamentssitzung vom 2. Mai 2007 traktandiert.*



|                     |
|---------------------|
| <b>b) Postulate</b> |
|---------------------|

**8 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes**

erheblich erklärt am 19. Mai 1998; Fälligkeit 4. Juli 2007

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Stellung zu nehmen sowie allenfalls ein Konzept auszuarbeiten, wie der Marktplatz, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes, besser genutzt und neu gestaltet werden kann.

*Mit der „IG Chance Marktplatz“ konnte nach eingehenden Gesprächen eine gemeinsame Lösung für eine künftige Parkierungsanlage im Bereich Blumenmarkt / Uniongebäude / Unterer Graben erreicht werden. Derzeit wird gemeinsam mit den voraussichtlichen Trägern dieser Garage - neben der Stadt die Eigentümerin des Uniongebäudes sowie die City Parking AG und eventuell weitere Investoren - ein Vorprojekt für die Tiefgarage ausgearbeitet. Gleichzeitig sind die weiteren Rahmenbedingungen für die künftige Neugestaltung des Marktplatzes / Bohl in Arbeit; dazu gehören die Verkehrsfragen, die Nutzungsmöglichkeiten, die städtebaulichen und gestalterischen Vorgaben, etc. Es ist vorgesehen, dem Stadtparlament in der 2. Jahreshälfte 2007 den Kredit für die Durchführung eines Gestaltungswettbewerbes Marktplatz / Bohl vorzulegen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

**9 Kulturplatz am Stadtpark**

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut; Fälligkeit 4. Juli 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

*Die erweiterte Parkgarage mit der neuen Ein- und Ausfahrt Torstrasse ist inzwischen in Betrieb. Damit konnte die bisherige Ausfahrt in die Museumstrasse aufgehoben werden; eine der wesentlichen Randbedingungen für die Realisierung des Kulturplatzes ist demnach erfüllt. Der vorliegende Masterplan für das ganze Gebiet kann nun überarbeitet und es können Überlegungen für die Gestaltung des Kulturplatzes und der weiteren öffentlichen Räume und der Weiterentwicklung der*



*Kulturinstitutionen in Angriff genommen werden. Vorgesehen ist anschliessend die Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens.*

*Die Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung des Wettbewerbes sind im Gange. Angesichts der teilweise komplexen Aufgabenstellung und auch der Belastung der zuständigen Fachstellen der Stadt durch die laufenden grossen Projekte kann der Wettbewerb voraussichtlich nicht mehr dieses Jahr, sondern erst im kommenden Jahr durchgeführt werden.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

#### **10 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 5. Juli 2007

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

*Die Federführung und die Koordination für eine solche Schutzverordnung liegt beim Kanton. Nach einer Informationsveranstaltung im September 2001 sind keine weiteren Aktivitäten mehr erfolgt, trotz mehrfachen Mahnungen seitens der Stadt. Im letzten Jahr sind nun die Arbeiten durch die zuständige Fachstelle des Kantons wieder aufgenommen worden, ebenso wurden die betroffenen Gemeinden zur Mitarbeit eingeladen. Die Stadt wird weiterhin aktiv mitwirken und auf eine speditive Vorgehensweise achten.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung um 1 Jahr zu verlängern.

#### **11 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn**

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

*Die Überlegungen des Kantons zur Herstellung einer langfristig ausreichenden Kapazität auf der Stadtautobahn sind fortgeschritten. Es liegen die Ergebnisse einer Studie vor für die grundsätzliche Machbarkeit einer Entlastungsspanne. Das Projekt für ein den heutigen Anforderungen angepasstes Verkehrsleitsystem auf der Stadtautobahn wird zurzeit umgesetzt. Diese Massnahmen werden, vor allem im Bereich der Autobahnanschlüsse, auch auf dem städtischen übergeordneten Strassennetz*



*Anpassungen und Ergänzungen erfordern, welche in Zusammenarbeit mit dem Kanton im Rahmen der städtischen Richtplanung intensiv zu bearbeiten sind.*

*Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.

## **12 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 15. März 2005; Fälligkeit 15. März 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, wie er künftig eine wirksamere Aufgabenerfüllung und einen wirtschaftlicheren Mitteleinsatz in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden angehen will.

*Eine erste Lesung des Berichts im Stadtrat hat stattgefunden. Die Berichterstattung an das Stadtparlament ist nach den Sommerferien 2007 vorgesehen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

## **13 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen**

erheblich erklärt am 26. April 2005; Fälligkeit 26. April 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei.

*Die Formulierung einer Leistungsvereinbarung ist in Aussicht gestellt worden für einen Zeitpunkt, in welchem die angestrebte Einbindung des Kantons im Museumsbereich verbindlicher in Aussicht steht. Vorgesehen war, in je einer Arbeitsgruppe räumliche und strukturelle Fragen zu behandeln, sinnvollerweise unter Einbezug des Kantons, welcher im Bericht „Stand und Perspektiven der st.gallischen Kulturpolitik“ vom 2. Dezember 2003 ein verstärktes Engagement im Museumsbereich in Aussicht genommen hatte. Anfangs März 2006 hatte der Kanton die Absicht publiziert, in Weiterentwicklung des heutigen Kunstmuseums ein Kunsthaus unter kantonaler Führung zu errichten. In der Folge ist durch den Kanton ein umfangreiches Vorprojekt (KuBi = Kunsthaus und Bibliothek) gestartet worden, in welches u.a. auch Fachleute der Museen und Vertreter der Stiftung St.Galler Museen einbezogen waren. Im Ergebnis ist vorgesehen, dass das Kunstmuseum im Kunklerbau bleibt. Es soll weiter entwickelt und die räumliche Situation soll verbessert werden. Zudem sollen im Konzept „Themen und Häuser“ die Entwicklungsperspektiven und Nutzungskonzepte der Kulturhäuser rund um den Stadtpark und*



*um den Bahnhof geklärt werden, eingeschlossen der neue Standort des Naturmuseums. Die Ausarbeitung entsprechender Projektaufträge ist bis Mitte September 2007 vorgesehen. Bis November 2007 ist eine Übersicht über die künftige Aufgabenteilung von Stadt und Kanton im Bereich der Kulturvermittlungsinstitutionen in der Kantonshauptstadt vorgesehen. Mit der Erfüllung des Postulatsauftrags ist sinnvollerweise zuzuwarten, bis die konzeptionelle und räumliche Situation und die Frage der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt geklärt sind bzw. allenfalls neue Strukturen vorliegen.*

Es wird beantragt, die Frist um 2 Jahre zu verlängern.

#### **14 Zukunft dank Tram**

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.

#### **15 Klipp Klappe zu!**

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 28. Juni 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie der öffentliche Raum im Gebiet Bohl/Marktplatz/Blumenmarkt/Taubenloch neu gestaltet und genutzt werden kann und wie mit Bezug auf den Markt weiter vorzugehen ist.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 8 verwiesen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

#### **16 Fragen betreffend Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 20. September 2005; Fälligkeit 20. September 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten:

1. wie und wo das Geld aus der Vergnügungssteuer eingesetzt wird;
2. wieso St.Gallen als einzige Gemeinde im Kanton an der Vergnügungssteuer festhält, obwohl wir finanziell besser dastehen als etliche andere Gemeinden;
3. wie mit der Vergnügungssteuer verfahren wird, wenn der NFA vollzogen wird;
4. wie lange es seiner Meinung nach noch dauern wird bis der NFA vollzogen ist.



*Nach einem positiven Ausgang der Abstimmung über den innerkantonalen Finanzausgleich wird dem Parlament – voraussichtlich zusammen mit dem Budget 2008 – ein entsprechender Antrag unterbreitet.*

Es wird beantragt, die Frist um 1 Jahr zu verlängern.

## **17 Schulraumplanung sowie Einsatzplanung der Lehrkräfte inkl. Kindergarten**

erheblich erklärt am 27. September 2005; Fälligkeit 27. September 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen,  
wie sich die Entwicklung der Schülerzahl insbesondere auch in der Innenstadt aufgrund des vorhandenen Datenmaterials in den nächsten Jahren entwickeln wird;  
welche Massnahmen vorgesehen sind, um mit einem weitergehenden Rückgang der Schülerzahl umzugehen;  
welche Qualitätsverbesserungen geplant sind, um die Schulen in der Stadt aufzuwerten. Dies können z.B. bauliche Massnahmen sein, um heutigen Standards zu genügen, sichtbare Schwerpunkte pädagogischer Art oder Tagesschulen;  
ob allenfalls Schulhäuser geschlossen werden oder ob die Quartiergrenzen, die schon immer fliegend waren, was die Schulhauseinteilung betrifft, sinnvoll verändert werden können.

*Die statistischen, planerischen und konzeptionellen Grundlagen zur Schulraumplanung sind weitgehend erfasst und aufgearbeitet. Die Auswirkungen der Planungsdaten auf die Beschäftigung der Lehrpersonen, ebenso Überlegungen zur Qualitätsverbesserung in den städtischen Schulen sind dagegen noch Gegenstand laufender Arbeiten.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

## **18 Wie weiter mit unseren Sozialausgaben?**

erheblich erklärt am 27. September 2005; Fälligkeit 27. September 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, wie sich die verschiedenen Kosten im Sozialbereich zusammensetzen, wie er mit den steigenden Kosten umgehen will, welches Sparpotenzial im Sozialbereich möglich wäre, welche Schritte notwendig sind, um den innerkantonalen Soziallastenausgleich zu erwirken.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*





## **19 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen**

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 4. Juli 2008

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

*Es wird auf die Ausführungen zu Ziffer 1 verwiesen.*

Die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags wurde 2006 um 2 Jahre verlängert.

## **20 Tagesschulen, Tageskindergärten**

erheblich erklärt am 22. November 2005; Fälligkeit 22. November 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu erstatten, wie die Tagesstrukturen in der Stadt so ausgelastet werden können, dass sie auch den Bedürfnissen voll berufstätiger Eltern genügen.

*Das städtische Modell von Tagesstrukturen sieht Blockzeiten mit Mittagstisch und familienergänzender Betreuung vor, welche bedarfsbezogen schrittweise ausgebaut werden sollen. Zu den erweiterten Blockzeiten läuft zur Zeit ein Pilotprojekt im Schulhaus Spelterini. Unabhängig vom Ergebnis des Pilotprojektes sollen nach den Vorstellungen der Regierung im ganzen Kanton in den Primarschulen erweiterte Blockzeiten mit Mittagstisch auf Beginn des Schuljahres 2008/09 eingeführt werden können. Die Regierung hat dazu dem Kantonsrat den X. Nachtrag zum Volksschulgesetz unterbreitet. Dieser wurde in der Frühjahrssession des Kantonsrates in erster Lesung behandelt. Findet der Nachtrag Zustimmung und wird dieser auf Beginn des Schuljahres 2008/09 in Kraft treten, wird ein Beschluss des Stadtparlamentes darüber, ob erweiterte Blockzeiten in städtischen Primarschulen und Kindergärten eingeführt werden sollen, obsolet und das Postulat kann weiter bearbeitet werden. Ein Postulatsbericht zum Ausbau der städtischen Tagesstrukturen noch im laufenden Jahr ist jedoch fraglich.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

## **21 Verlängerung der Buslinie 2 und Erstellung der S-Bahnhaltestelle „Hinterberg“ & „Güterbahnhof“**

erheblich erklärt am 14 Februar 2006; Fälligkeit 14. Februar 2008

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie und wann eine Verbesserung für die neuen Wohn- und Arbeitsplatzgebiete Hechtacker/Bernhardswies, Hinterberg und Güterbahnhof erreicht werden kann.



*Im Rahmen des Richtplanes wird das künftige Konzept für das Gesamtangebot des öffentlichen Verkehrs erarbeitet. In diesem Zusammenhang werden insbesondere auch die Verlängerung der Buslinie 2 und die Zweckmässigkeit zusätzlicher S-Bahnhaltestellen untersucht.*

## **22 Zukunftsperspektiven des städtischen Haushaltes**

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 21. März 2008

Der Stadtrat wird eingeladen, im Hinblick auf das Budget 2008 Bericht zu erstatten über die zu erwartenden Auswirkungen finanzpolitischer Entscheide auf kantonaler Ebene (Finanzausgleich, Steuergesetzrevision) und darzulegen, wie die in den Legislaturzielen genannten Leistungs- und Finanzziele unter den neuen Gegebenheiten erreicht werden können oder ob und in welchem Umfang diese angepasst werden müssen.

*Es ist beabsichtigt, das Postulat im Zusammenhang mit dem Budget 2008 zu beantworten.*

## **23 Talschulen – Bergschulen**

erheblich erklärt am 21. März 2006; Fälligkeit 21. März 2008

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten wie er verhindern will, dass das schulische Niveau von Berg- und Talschulhäusern weiter auseinander driftet. Er wird ersucht, insbesondere die folgenden Gesichtspunkte darzustellen: gleiche Chancen für alle; Frühförderung in Deutsch; Vernetzung mit den Integrationsbemühungen der Stadt; Lösungsmöglichkeiten durch Umverteilung von Lektionen (ISF), Poolbeiträgen, Schulleiterentlastungen, etc.; Controlling; finanzielle Konsequenzen; vertrauensbildende Massnahmen für die Bevölkerung.

*Soweit das Postulat Fragen der Schüler- und Schülerinnenförderung im weitesten Sinne erfasst, laufen dazu für Teilbereiche bereits Pilotprojekte (Spiki, KidS); weitere Förderbereiche werden ins Förderkonzept aufgenommen. Darüber soll noch im laufenden Jahr Bericht erstattet werden. Fragen zur Vernetzung mit den Integrationsbemühungen und zu vertrauensbildenden Massnahmen für die Bevölkerung bedürfen dagegen erweiterter Abklärungen und Anstrengungen.*

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.



## **24 Zeitliche Ausdehnung des städtischen Busfahrplanes**

Erheblich erklärt am 23. Mai 2006; Fälligkeit 23. Mai 2008

Der Stadtrat wird gebeten aufzuzeigen:

1. wie sich die Benützung der Nachtbusse an Wochenenden entwickelt hat
2. welche Möglichkeiten für eine Ausdehnung des Angebots des öffentlichen Verkehrs an Werktagen in der Nacht bestehen
3. wie die Finanzierung eines erweiterten Angebots aussähe.

*Der Stadtrat erachtet die Verlängerung des VBSG-Fahrplans zur Gewährleistung der Anschlüsse der letzten in St.Gallen eintreffenden Züge werktags (Mo bis Fr) als sinnvoll. Erste Berechnungen gehen von Mehrkosten im Umfang von maximal CHF 250'000 aus. Es ist vorgesehen, den Leistungsbestellern Bund, Kanton und Stadt ein Angebot zur Erbringung dieser Mehr-Transportleistung ab Fahrplanwechsel Dezember 2007 zu unterbreiten. Vorabklärungen beim Amt für öffentlichen Verkehr des Kantons St.Gallen haben gezeigt, dass auch die kantonalen Behörden dem Anliegen positiv gegenüber stehen.*

## **25 Entlastung von Klassen und Lehrkräften – Time-out-Klasse auch auf der Primarschulstufe**

Erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 27. Juni 2008

Der Stadtrat wird gebeten, im Sinne der Qualitätssicherung an den städtischen Schulen und zum Wohle aller Schüler/-innen und unserer Lehrkräfte, Bericht und Antrag darüber zu erstatten, wie er ein gewalt- und störungsfreies Lernklima fördern und wie er Lehrkräfte der Primarschulstufe bei der Ausübung ihres Berufsauftrags zu unterstützen gedenkt, und ob er in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Einführung einer Time-out-Klasse auf dieser Stufe vorsieht.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

## **26 Schulraumplanung**

Erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 27. Juni 2008

Der Stadtrat wird gebeten, die Schulraumplanung in einem schrittweisen Vorgehen zu erarbeiten und zu verfeinern. Als Resultat soll ein Instrument zur Verfügung stehen, welches auf Veränderungen bei den Grundlagen und den Anforderungen flexibel reagieren und sich stets auf neue Bedürfnisse ausrichten kann.

*Die statistischen, planerischen und konzeptionellen Grundlagen zur Schulraumplanung sind soweit aufgearbeitet, dass der Postulatsbericht dem Stadtparlament noch in diesem Jahr sollte unterbreitet werden können.*



## **27 Schulraumplanung der Stadt St.Gallen**

Erheblich erklärt am 27. Juni 2006; Fälligkeit 27. Juni 2008

Der Stadtrat wird gebeten, die Strategien betreffend der Schulraumplanung in der Stadt St.Gallen darzulegen und allenfalls Antrag zu stellen.

*Die statistischen, planerischen und konzeptionellen Grundlagen zur Schulraumplanung sind soweit aufgearbeitet, dass der Postulatsbericht dem Stadtparlament noch in diesem Jahr sollte unterbreitet werden können.*

## **28 Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt**

Erheblich erklärt am 28. November 2006; Fälligkeit 28. November 2008

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,

1. ob die momentane Bewilligungspraxis zweckmässig ist
2. wie das Bewilligungsverfahren in andern Städten gehandhabt wird
3. ob die Kompetenz zur Erteilung von Bewilligungen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum bei der Gewerbepolizei richtig angesiedelt ist
4. ob für das Bewilligungsverfahren von einzelnen einsehbaren Richtlinien und Kriterien ausgearbeitet werden können, die vorsehen, dass Veranstaltungen im öffentlichen Raum grundsätzlich zu bewilligen sind und die Auskunft geben betreffend
  - Einreichung des Gesuchs
  - Ablauf des Verfahrens
  - Kosten des Verfahrens.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*

## **29 Prävention gegen Übergewicht und Bewegungsmangel**

Erheblich erklärt am 27. März 2007, Fälligkeit 27. März 2009

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Prävention gegen Übergewicht und Bewegungsmangel fördern will.

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.*



|                |
|----------------|
| <b>Anträge</b> |
|----------------|

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
  - Nr. 8 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes um 1 Jahr
  - Nr. 9 Kulturplatz am Stadtpark um 1 Jahr
  - Nr. 10 Wildnispark Goldacher Tobel um 1 Jahr
  - Nr. 12 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen um 1 Jahr
  - Nr. 13 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen um 2 Jahre
  - Nr. 15 Klipp Klappe zu um 1 Jahr
  - Nr. 16 Fragen betreffend Vergnügungssteuer in der Stadt St.Gallen um 1 Jahr
  - Nr. 17 Schulraumplanung sowie Einsatzplanung der Lehrkräfte inkl. Kindergarten um 1 Jahr
  - Nr. 20 Tagesschulen, Tageskindergärten um 1 Jahr
  - Nr. 23 Talschulen – Bergschulen um 1 Jahr

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber:  
Linke

